

Medienmitteilung vom 24. April 2017



Nein zum Musikschulabbau

Breites Komitee gegen weiteren Bildungsabbau

An der heutigen Medienkonferenz zum Start der Abstimmungskampagne, präsentierte das Referendumskomitee «Nein zum Musikschulabbau» seine Argumente und einen Flyer mit zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik und Kultur. Zur Abstimmung am 21. Mai kommt es, nachdem die Luzerner Allianz für Lebensqualität das Referendum gegen die Halbierung der Kantonsbeiträge an die kommunalen Musikschulen mit einem historischen Sammelrekord von 22'417 beglaubigten Unterschriften eingereicht hat. Das Referendum genießt einen hohen Rückhalt in der Luzerner Bevölkerung. Dies zeigt die hohe Unterschriftenzahl sowie die Tatsache, dass im Nein-Komitee Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien mitmachen. Sie alle sagen Nein zum weiteren Bildungsabbau und zur Kostenüberwälzung auf Familien.

Nach einem musikalischen Einstieg von Nick Hug von der Musikschule Kriens gabt Franz Grimm, Präsident des Verbandes für die Musikschulen des Kantons Luzern (VML) einen historischen Überblick über den langen Kampf um Anerkennung und Qualität der Luzerner Musikschulen. Dreimal musste die Bevölkerung bisher korrigierend eingreifen: «Das Volk will musikalische Bildung! Hoffentlich lernt das die Politik endlich», so Grimm. Entgegen den Äusserungen in der Abstimmungsbotschaft der Regierung planen gerade grössere Gemeinden wie Emmen oder Kriens die höheren Kosten direkt auf die Eltern zu überwälzen. Dies macht für eine Familie mit zwei Kindern immerhin rund 400 Franken. «Bei sich selber war der Regierungsrat hingegen nicht bereit auch nur einen Fünfliber einzusparen», ärgert sich der Musikschulpräsident.

Steigende Lebenshaltungskosten für Familien

Die Wichtigkeit eines flächendeckenden musikalischen Bildungsangebots betonte Regula Ineichen, Präsidentin Musiklehrerinnen- und Musiklehrervereins des Kantons Luzern (MLV). Neben der Persönlichkeitsentwicklung der Lernenden sind «die vielen bestehenden Musikformationen in unserem musikalisch lebendigen Kanton auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen», so Ineichen. Nach weniger als zehn Jahren wolle der Kanton nun seine Beiträge an die Musikschulen kürzen, was gerade die Eltern belasten würde: «Die Lebenshaltungskosten für junge Familien sind in dieser Zeit keineswegs gesunken», betonte Regula Ineichen.

Bevölkerung kann Abbau beenden

Martin Wyss, Geschäftsleiter des Verbands des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) und Präsident des Luzerner Gewerkschaftsbunds (LGB) stellte das Referendum in den Kontext zu Luzerns Tiefsteuerstrategie, deren Folge jährlich grösser werdende Abbaupakete bei Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Kultur, sozialer Sicherheit und den

Institutionen für behinderte Menschen seien. «Mit dem Musikschulreferendum kann die Bevölkerung zum ersten Mal seit der Einführung der ruinösen Steuerstrategie über eine konkrete Abbaumassnahme abstimmen», so Wyss. Mit einem Nein könne die Bevölkerung den Abbau zulasten der normalverdienenden Bevölkerung und unserer Kinder stoppen. «Es ist höchste Zeit für eine neue Perspektive, ein neues Steuersystem und eine neue Finanzstrategie», betonte der Gewerkschafter.

Kontakt:

Franz Grimm, Präsident Verband für die Musikschulen des Kantons Luzern VML, 079 334 47 61

Regula Ineichen, Präsidentin Musiklehrerinnen- und Musiklehrerverein des Kantons Luzern MLV (Stufenverband LLV), 079 737 14 03

Martin Wyss, Geschäftsleiter des Verbands des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD), Präsident Luzerner Gewerkschaftsbund (LGB), 077 454 99 46

Marcel Budmiger, Koordinator Luzerner Allianz für Lebensqualität, 078 75 99 78